

Herrn
Bezirksbürgermeister
Rainer Göbel
im Stadtbezirk Ahlem-Badenstedt-Davenstedt

über:

Fachbereich Personal und Organisation OE 18.62.11
Bereich Rats- und Stadtbezirksratsangelegenheiten

9. Juli 2021

DRINGLICHKEITSANTRAG

Änderungsantrag gem. §10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur Beschluss-Drucksache 0578/2020 und CDU/SPD-Änderungsantrag 15-2078-2020 in die nächste Sitzung des Bezirksrates Ahlem-Badenstedt-Davenstedt am 9. Juli 2021

Beibehaltung des Grabangebotes auf dem Friedhofs Badenstedt "Im Born" und Aufforderung zu einer öffentlichen Anhörung in Präsenz-Sitzung bis Ende August 2021

Der Bezirksrat möge beschließen:

Die Verwaltung der LHHannover wird aufgefordert, zum o.a. Thema unverzüglich eine öffentlichen Präsenz-Sitzung bis spätestens Ende August vorzubereiten und hierzu folgende Institutionen/ Vertreter

Untere Wasserschutzbehörde, Region Hannover,
Rainer Müller-Brandes, Stadtsuperintendent
Pastor Dr. Manuel Kronast, Paul-Gerhard-Kirchengemeinde Badenstedt
Dr. Michael C. Albrecht, Sachverständiger für Friedhofsbodenkunde
Dr. Pelzer & Partner, Beratende Ingenieure Geologen und Geoökologen, Hildesheim
Uwe Stapelmann, Treuhandstelle für Dauergrabpflege
Institut für Bodenkunde, Leibniz Universität Hannover
Bundesverband Deutscher Bestatter

einzuladen, damit endlich für die besorgten Bürger ein Ergebnis zu diesem hochemotionalen Thema präsentiert werden kann! Eine weitere Verzögerung der Entscheidung ist nicht mehr zu tolerieren!

Einzelvertreterin im Bezirksrat Ahlem–Badenstedt-Davenstedt der Landeshauptstadt Hannover

**Sabine Dudda Mobil: 0173-8056546 Telefon: 0511-407576 E-Mail: sabine.dudda@yahoo.de
Steinvorthhof 4 a
30455 Hannover**

Begründung:

Die Verwaltung forderte mit der Beschluss-Drucksache den Bezirksrat auf, Bestattungen für Reihengräber auf dem Friedhof Badenstedt nicht mehr zuzulassen und künftige Sargbestattungen nur noch auf den Stadt-Friedhöfen Ricklingen und Stöcken vorzunehmen. Als Begründung argumentierte die Verwaltung mit einem zu hohen Wasseraufkommen in bereits niedriger Tiefe, die eine Verwesung der Leichen nicht zulassen.

Herr Uwe Bretthauer, FDP und ich haben uns gemeinsam in der Vergangenheit zu allen Jahreszeiten und unterschiedlichen Witterungsbedingungen, unzählige Grabaushebungen angesehen, um persönlich festzustellen, ob die Behauptung der Verwaltung zutrifft. Wir verfügen inzwischen über ein sehr umfangreiches Fotomaterial, die diese Behauptungen leider nicht bestätigen können!

Der Bezirksrat befasst sich mit dem Thema der teilweisen Schließung des Friedhofs Badenstedt (Neu) mittlerweile seit 2019. Hierzu behandelten wir zur ursprünglichen Beschluss-Drucksache 0678/2020 der Verwaltung, mit Drucksache 15-2078-2020, zwischenzeitlich verschiedene Anträge, Änderungsanträge und Zusatzanträge.

Am 18.06.2020 stellte ich, damals noch im Namen der CDU, einen ersten Änderungsantrag mit der Forderung nach einer öffentlichen Sitzung. Darauf folgte ein gemeinsamer CDU/SPD-Antrag, der abschließend allerdings zurückgezogen wurde.

Am 27.10.2020 fand auf Initiative des Bürgervereins Badenstedt in der GS Körtingsdorf eine Einwohner-Fragestunde statt. In der darauffolgenden Sitzung des Bezirksrats bestand Einigkeit darüber, dass, sobald veränderte Corona-Bedingungen eingetreten sind und eine Verringerung der Inzidenzen es zulassen, zu einer Präsenz-Sitzung im Sommer, spätestens Ende August/Anfang September 2021, eingeladen werden sollte. Hierzu erfolgte mein Zusatzantrag vom 03.12.2020 mit dem Vorschlag der einzuladenden Institutionen und Personen. Der Umweltausschuss befasste sich ebenfalls mit der Thematik, kam allerdings zu dem Ergebnis, evtl. Entscheidungen von der öffentlichen Anhörung im Bezirksrat abhängig zu machen.

Obwohl es mittlerweile niedrige Inzidenzen gibt, sind weitergehende Aktionen von Seiten der Verwaltung hierzu offensichtlich noch nicht getroffen worden. Daher bietet es sich jetzt geradezu an, die Ratsferien (bis 03.09.) für die Vorbereitungen zu nutzen, um gleich Anfang September die ausstehende Präsenz-Sitzung durchzuführen, damit der Bezirksrat in seiner noch jetzigen Besetzung, entscheiden kann! Eine Verlegung dieses brisanten Themas in die nächste Legislaturperiode und den sich neu zu konstituierenden Bezirksrat, wäre, aufgrund des hohen fast 50% Wechsels an neuen Mandatsträgern, nicht zielführend.

Sabine Dudda